

OWG-UWG

Etat ohne Perspektive

Von Hartmut Zitzen, 16.01.09, 18:26h

Die Ratsfraktion findet im städtischen Etatentwurf Widersprüche und mindestens eine echte Provokation. Vermisst werden auch Perspektiven für eine bessere Zukunft.

LEVERKUSEN Ein ganzes Wochenende haben die Mandatsträger der Opladener Wählergruppe - Unabhängige Wählergemeinschaft (OWG-UWG), inzwischen mit dem Zusatz „Freie Wähler“, in Klausur verbracht und den städtischen Etatentwurf für das laufende Jahr geprüft. Und dabei, erklärte Fraktionsgeschäftsführer Winfried Osthoff jetzt, seien sie auf zahlreiche Ungereimtheiten gestoßen. Darunter seien „haarsträubende Rechenfehler“ ebenso wie eklatante Widersprüche, etwa bei den prognostizierten Schülerzahlen.

Generell vermissen die „Freien Wähler“ in dem Plan Perspektiven auf eine bessere Zukunft. So gehe der Kämmerer in seiner mittelfristigen Finanzplanung bis 2012 von einer konstanten Zahl an steuerzahlenden Gewerbebetrieben aus, während es das erklärte und vorrangige Ziel der Wirtschaftsförderung sei, neue Betriebe und Arbeitsplätze in Leverkusen anzusiedeln.

Osthoff mahnte eine Eröffnungsbilanz nach dem Neuen Kommunalen Finanzmanagement (NKF) an, die andere Städte bereits zum 1. Januar 2006 vorgelegt hätten. Er habe den Eindruck, dass der Verwaltungsvorstand diese Bilanz bewusst bis zum letztmöglichen Datum hinausschiebe, um die Bevölkerung über die tatsächliche Lage der Stadt im Unklaren zu lassen.

In diesem Zusammenhang ist auch ein Antrag der Fraktion zu sehen, die Aufklärung über die städtischen Schulden fordert. Im Haushaltsplan 2008, so Osthoff, sei die Pro-Kopf-Verschuldung für 2009 noch mit 840 Euro prognostiziert worden, während der aktuelle Entwurf sie mit 1518 Euro beziffere - eine Steigerung um 80,7 Prozent. Und darin seien die Schulden der Stadttöchter Sportpark, Technische Betriebe und Kulturstadt Leverkusen noch nicht einmal enthalten. Womöglich, vermuten die „Freien Wähler“, zahle die Stadt sogar immer noch Darlehen für längst nicht mehr existierende Immobilien wie das abgerissene Rathaus ab.

Auf völliges Unverständnis, erklärte der OWG-UWG-Oberbürgermeisterkandidat Alfred Mertgen, stießen in seiner Fraktion auch die Pläne zum neuen Rathaus. 1,6 Millionen Euro für die Ausstattung von Ratssaal und Oberbürgermeisterbüro, in dem es Ruheraum, Küche und Badezimmer geben soll, seien eine „Provokation“ für jeden Steuerzahler. Umso mehr, wenn gleichzeitig soziale Einrichtungen wie der Rheindorfer Bauspielplatz von der Schließung bedroht seien.

<http://www.leverkusener-anzeiger.ksta.de/jla/artikel.jsp?id=1231945312170>

Copyright 2009 Kölner Stadt-Anzeiger. Alle Rechte vorbehalten.